

# INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	1
Erster Teil:	
Neue Bedingungen der Europapolitik der Rest-EFTA-Staaten («Six Non-Six»)	
1. Kapitel: Politische und wirtschaftliche Grundlagen der Europapolitik	7
I. Der gemeinsame Ausgangspunkt der Rest-EFTA-Staaten	7
II. Die Kontinuität der Idee der «besonderen Beziehungen» der Gemeinschaft zu den Rest-EFTA-Staaten	8
1. Bejahung der «Assoziierung» (1959—1960)	8
2. Skepsis gegenüber der Assoziierung während der «Konsolidierungsphase» der EWG (1961—1969)	9
3. Wille zur Einlösung eines alten Versprechens (seit 1969)	9
4. Warum akzeptiert die EWG heute das Freihandelszonenkonzept?	10
III. Die wirtschaftliche Rechtfertigung «besonderer Beziehungen» der Rest-EFTA-Staaten mit der Gemeinschaft	11
1. Bestandteil der wirtschaftlichen Schicksalsgemeinschaft Westeuropas	11
2. Vielfalt der Wirtschaftsverflechtung mit der Gemeinschaft	11
3. Ein handelspolitischer Vergleich mit den USA	11
4. Ein handelspolitischer Vergleich mit den EWG-Beitrittskandidaten der EFTA	12
IV. Welches Interesse haben die Staaten der Europäischen Gemeinschaft an den Rest-EFTA-Staaten?	14
1. Die ausenpolitische Bedeutung der Rest-EFTA-Staaten für die Staaten der Gemeinschaft	14
2. Die handelspolitische Bedeutung der Rest-EFTA-Staaten für die Europäische Gemeinschaft	14
3. Die verkehrspolitische Bedeutung Österreichs und der Schweiz für die Gemeinschaft	15
V. Forderungen der EWG bezüglich der Art der «besonderen Beziehungen»	17
VI. Neue Vorhaben der EWG im Bereich der Währungspolitik	17
1. Kurzfristige Beistandsaktionen der Notenbanken der EWG	18
2. Mittelfristige Beistandsaktionen der Notenbanken der EWG	18
3. Zusätzliche Liberalisierung der Kapitalbewegungen	18
4. Verstärkte Koordinierung der Wirtschaftspolitik und verstärkte Zusammenarbeit der Zentralbanken in der Gemeinschaft	19

2. Kapitel: Ausgangspositionen der Rest-EFTA-Staaten für die Verhandlungen mit der EWG	20
I. Finnland	20
II. Island	23
III. Österreich	26
IV. Portugal	31
V. Schweden	32
VI. Schweiz	42
3. Kapitel: Ausgangsposition der EWG für die Verhandlungen mit den Rest-EFTA-Staaten	49
I. Rechtsgrundlage und Grundkonzeption der Abkommen	49
II. Sachlicher Inhalt der Abkommen	50
1. Industrieller Warenfreiverkehr	50
2. Handel mit Agrargütern	53
3. Sonstige Bestimmungen zur Sicherung des Freihandels	54
4. Gleichbehandlung der Arbeitskräfte aus EWG-Staaten mit den heimischen Arbeitskräften	55
5. Verkehr	55
6. Entwicklungsfähigkeit der Beziehungen	55
III. Institutionen	55
Zweiter Teil:	
Vorschläge für ein Integrationskonzept der Rest-EFTA-Staaten während der siebziger Jahre	
4. Kapitel: Vorschläge für eine Freihandelsregelung zwischen der erweiterten EWG und allen Rest-EFTA-Staaten im Rahmen von «besonderen Beziehungen»	59
I. Warum wird das Abkommen zunächst auf eine Freihandelsregelung beschränkt?	59
II. Zollunion oder Freihandelszone als Grundlage der «besonderen Beziehungen»?	59
III. Gestaltung der industriellen Freihandelszone	61
1. Abgrenzung des Güterbereichs, der dem industriellen Freihandelsregime zwischen der EWG und den Rest-EFTA-Staaten unterstellt wird	62
2. Unter welchen Bedingungen wird den Exportgütern der Rest-EFTA-Staaten der Zonenursprung gewährt? (Ursprungsregeln)	63
3. Wettbewerbsregeln	66
4. Einheitliche Regelung der Übergangszeit	69

IV. Massnahmen zur Erleichterung des Handels mit Agrarprodukten	70
1. Teilnahme an den Agrarmarktordnungen (Hypothese)	70
2. Besondere Regelungen zur Erleichterung des Agrarhandels	70
V. Die Regelung des institutionellen Problems	72
1. Gewisse gemeinsame Regeln und Schutzklauseln	73
2. Institutionelle Regelung in bezug auf die Anwendung des Vertrages	73
3. Erfordernis einer haltbaren Lösung für eine abschbare Zeit	74
4. Differenzierung der Integrationsregeln nach verschiedenen Integrationsbereichen	74
VI. Vorzüge eines multilateralen Abkommens	75
5. Kapitel: Vorschläge für die Weiterentwicklung der «besonderen Beziehungen» auf wirtschaftspolitischem Gebiet mit den Neutralen Schweiz, Schweden, Österreich	78
I. Warum sollen die «besonderen Beziehungen» auf wirtschaftspolitischem Gebiet weiterentwickelt werden?	78
II. Beitrag zur währungspolitischen Zusammenarbeit in Westeuropa	80
1. Mitwirkung an kurzfristigen Beistandsaktionen der Notenbanken	81
2. Mitwirkung an mittelfristigen Beistandsaktionen der Notenbanken	82
3. Beteiligung an der gegenwärtigen Liberalisierung der Kapitalbewegungen in der EWG	82
4. Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den drei Neutralen und der erweiterten Gemeinschaft im Bereich der Konjunktur- und Währungspolitik	82
5. Beteiligung an einer verstärkten Verflechtung der EWG-Kapitalmärkte in der Zukunft	83
III. Beitrag zu neuen wirtschaftlichen Dimensionen der Gemeinschaft	84
1. Industriepolitik	84
2. Regionalpolitik	87
3. Umweltschutz	87
IV. Beteiligung an der verstärkten Ost-West-Kooperation in Europa	88
6. Kapitel: Zur Frage der Mitgliedschaft neutraler Staaten in der EWG	89
I. Juristische Erwägungen über die Vereinbarkeit der Neutralitätspolitik mit dem EWG-Vertrag	89
II. Bisherige Ansätze einer weitgehenden Integrationsbeteiligung neutraler Staaten	91
III. Entwicklungsaussichten der EWG	92
IV. Entwicklungsaussichten der europäischen Ost-West-Beziehungen	96
V. Internationalisierung der Handels- und Wirtschaftspolitik	96
VI. Probleme einer Mitgliedschaft	98
VII. Schlussfolgerungen	98